

Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Münststraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 174, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Preis: 150 Milliarden. — Postamt Nr. 2. Magdeburg. — Postamt Nr. 2. Magdeburg. — Postamt Nr. 2. Magdeburg.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gehaltene, 27 Millimeter breite Nonparelletze beträgt 140 Mt., auswärts 200 Mt., Familienanzeigen und Stellengesuche 70 Mt., Vereinsblätter 140 Mt., die dreigehaltene, 90 Millimeter breite Reklametzelle beträgt 700 Mt., auswärts 1000 Mt. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins d. Deutscher Zeitungsverleger, zurzeit 1400 Millionen. Gewährter Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 277.

Magdeburg, Mittwoch den 28. November 1923.

34. Jahrgang.

Der Sinn der Regierungskrise.

Großer Wirrwarr.

Aus Abend und Morgen wird wieder ein Tag und noch immer ist die neue Reichsregierung nicht fertig. Nicht einmal auf dem Papier der Liste, noch viel weniger auf dem Papier des Programms. In einem unten folgenden Artikel des „Soz. Parlamentsdienstes“ wird zwar frohe Zuversicht zur Schau getragen. Bis Dienstag mittag werde Albert mit seinem Ministerium fertig sein; am Donnerstag werde er sich dem Reichstag vorstellen, sich seine Niederlage holen und danach sofort den Reichstag auflösen.

Wir wissen nicht, aus welchen Quellen sich unsere Quelle speisen läßt, aber wir sind nicht geneigt, die bestimmten Worte für bare Münze zu nehmen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß hier mit der Auflösung des Reichstags nur gedroht wird, um die Parteien der bürgerlichen Mitte endlich an die Stange irgendeiner Regierungsbildung zu kriegen. Denn die Kunde, der Kanzler habe die Auflösungsorder in der Tasche, jagt bleiches Entsetzen in ihre Reihen. Damit hat Stresemann schon einmal operiert, als er sein Ermächtigungsgesetz, die verschleierte unverschleierte Diktatur, durchzusetzen wollte. Damals ließ er auch behaupten, daß er die Auflösungsorder in der Tasche habe. Tatsächlich war seine Tasche leer, aber mit der Drohung erreichte er sein Ziel.

Seitdem ist des öftern den Fraktionen der Mitte gesagt worden: wenn ihr nicht brav seid, werdet ihr nach Hause geschickt, dann seht zu, wie ihr im Wahlkampf abschnitten werdet. Die Drohungen haben noch immer ihre Wirkung ausgeübt. Offenbar hofft man in Berlin, auch jetzt mit einer Wiederholung des Tricks die Widerstrebenden zur Käse zu bringen. Zuvor müßte man ihnen aber wohl nach den mehrmaligen Reinfällen die Meinung beibringen, daß diesmal in der Tasche wirklich was steckt. Sonst geht's den Warnern wie dem Schäfer, der die Leute zu narren pflegte mit dem Rufe: der Wolf kommt, der Wolf; und als er wirklich kam, da hörte niemand mehr auf seine Silberkufe.

Wir sprechen nicht in Berlin und wissen daher nicht, wie viele und wie sichere Unterlagen der „Soz. Parlamentsdienst“ für seine optimistische Beurteilung der Ansichten Alberts besitzt. Wir können aber von hier aus übersehen, daß die Berufung Alberts als bald in den bürgerlichen Fraktionen eine Gegenströmung ausgelöst hat. Es sind seit Montag mittag Bestrebungen im Gange, den

Bürgerblock zustande zu bringen.

Operiert wird mit der beweislosen Verdächtigung, Albert sei nur der Strohhalm des sozialdemokratischen Reichspräsidenten; lieber als der sei denn doch ein Gergt oder irgendein anderer deutschnationaler Führer. Am Sonnabend lehnen die Fraktionen der Mitte, Demokraten und Zentrum, den Bürgerblock unter deutschnationalem Kommando entzweit ab; zwei Tage später erscheint er ihnen durchaus erwägenswert. Wie unerschütterlich eichensfest hält doch ein Rohrhalme den Stürmen stand im Vergleich mit den Vertretern der bürgerlichen Mitte!

Aber man soll sie deswegen nicht scheitern. Sie äugen rechts und sie äugen links, um zu erkunden, von wannen der stärkste Sturm in Aussicht steht, denn sie möchten sich doch gern behaupten. Selbst geben sie keine Richtung, selbst tragen sie kein Schicksal in ihrer Loge; sie sind gezwungen, es von andern in Empfang zu nehmen.

Darum ist es verständlich, daß sie wie Rohrhalme im Winde hin und her schwanken. Ist es verständlich, daß sie am Montag für erstrebenswert halten, was sie am Sonnabend verdammt haben. Wer weiß, wo die „stärkern Bataillone“ stehen? Man möchte in der eignen Hilflosigkeit doch gern bei den „Mehreren“ bleiben.

Deshalb sind über Nacht die Deutschnationalen mit ihren Anhängern in der Volkspartei wieder in den Vordergrund gerückt. Ein Bürgerblock kann nur dann funktionieren, wenn die Reaktionsäre das Übergewicht haben, den Kurs angeben, das Steuer in Händen halten. Sowie die bürgerlichen Parteien durch das kaudinische Joch der Reaktion kriechen, ist der Sinn der Regierungskrise klar und faßbar für jedermann herausgestellt:

Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Dann kann auch ein kurzfristiger erkennen, daß bei dem Sturze der Regierung Stresemann nicht Leichtfertigkeit oder Dummheit oder sonst eine menschliche Schwäche im Spiele war, sondern daß er erfolgte als keine Phase in diesem gewaltigen Kampfe, der durch die Jahrzehnte und durch die Jahrhunderte geführt wird.

Je höher die Arbeiterklasse kulturell steigt, je stärker ihr Selbstbewußtsein wird, desto schwerer erträgt es der Arbeiter, daß er nicht mitzubestimmen vermag, wo er mitarbeitet. Daß er sein Leben lang unter fremdem Kommando, nicht nach eigenem Willen, arbeiten muß. Daß er in Werkstatt oder Bureau jede Stunde fremder Aufsicht, fremder Kontrolle, fremdem Befehl unterworfen ist. Daß er nicht Mitglied einer freien, sich selbst regierenden Arbeitsgemeinschaft, sondern bloßes Werkzeug eines fremden Arbeitsherrn, bloße Maschine im Dienste des Unternehmers ist.

Dagegen kämpft der Arbeiter an. Und nicht nur der Arbeiter der Hand, sondern in dem Maße, wie er die bürgerlichen Eierhälften abwirft, auch der Arbeiter des Kopfes und der Feder, der Angestellte und der Beamte. Gegen diesen Kampf lehnt sich der Unternehmer auf. Mit aller seiner Macht strebt er danach, wieder

unbeschränkter „Herr im Hause“

zu werden dort, wo ihm sein Absolutismus beschnitten worden ist.

Vor einem Jahrhundert hat das Bürgertum seinen Freiheitskampf geführt. Wir wollen nicht mehr bloße Untertanen des Fürsten, wir wollen mitbestimmende Bürger des Staates sein. Es darf nicht mehr ohne uns über uns entschieden werden. Das war der Freiheitsgedanke des Bürgertums in seiner politischen Revolution. Heute führt die Arbeiterklasse einen ganz ähnlichen Freiheitskampf. Wir wollen nicht mehr bloße Untertanen des Unternehmers, wir wollen mitbestimmende Bürger der industriellen Arbeitsgemeinschaft sein; es darf, wo wir arbeiten, nicht mehr ohne uns über uns entschieden werden. Das ist der

Freiheitsgedanke der Arbeiterklasse

in ihrer sozialen Revolution.

In der Sturmzeit dieser Revolution hat der Kapitalismus es geschehen lassen müssen, daß die Arbeiter ihre Kontrolle über das innere Leben des Betriebs ausdehnten, verdrängten und befestigten. Jetzt, wo die Reaktion durch Europa zieht, wollen die Magnaten von Kohle und Eisen, von Stahl und Ur den Prozeß wieder rückgängig machen. Das ist die Konterrevolution, der ein Ludendorff und Raahr, ein Gergt und Stinnes dienen.

Und der die bürgerlichen Parteien der Mitte dienen, wenn sie sich offen in Form des „Bürgerblocks“ ihr anschließen. Sie hangen noch davor. Denn in ihren Reihen stehen noch Millionen, denen die Scheuklappen von den Augen fallen werden, sowie sie an ihrer wachsenden Gebundenheit erkennen werden, wohin die Fahrt geht. Daher das Schwanken.

Schwanken in der Mitte, Entschlossenheit rechts und links — das ist der Sinn der Regierungskrise und die Ursache für ihre langsame Abwicklung. Wir Menschen und all unsere Taten sind immer nur zu verstehen im Strome der Entwicklung. Glied reiht sich an Glied und Kette an Kette und der Weg, den wir feuchend gehen, führt durch Wellentäler und über Wellenkämme. Aber immer steht die Kurve einer folgenden Generation höher als die einer vergangenen, wenn wir nicht vergessen, daß unser Dasein innerster Kern ist Kampf und Ringen.

Zuversichtliche Auffassung.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt uns: Die Regierungsbildung dürfte voraussichtlich am Dienstag mittag abgeschlossen sein. Sie geht in aller Stille und unter vollkommener Ausschaltung der Reichstagsfraktionen vor sich. Es ist deshalb verständlich, wenn ein Gerücht dem andern folgt und bisher Einzelheiten über die Absichten Alberts nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind.

Vorläufig verlautete, daß eine feste Zusage von den Ministern des Kabinetts Stresemann nur der Innenminister Farres gegeben hat. Gessler, an den Albert mit dem Ersuchen herangetreten ist, im Amte zu bleiben, hat sich bis Montagabend noch nicht endgültig entschieden, während Brauns, der dem Zentrum angehört, sich über die an ihn ergangene Bitte, das Arbeitsministerium weiterhin zu übernehmen, nicht positiv entscheiden konnte, weil die Zentrumskommunikation die Zugehörigkeit von Zentrumministern zum Kabinetts Albert von ihrer vorherigen Zustimmung abhängig gemacht hat. Eine Entscheidung dürfte das Zentrum erst fällen, wenn die Zusammenfassung der Regierung Albert und ihr Programm bekannt ist.

Da sich das endgültige Zustandekommen der Regierung wider Erwarten verzögert hat, dürfte der Reichstag

ausichtlich vor Donnerstag nicht zusammentreten. Bei der allgemeinen Stimmung innerhalb der Fraktionen ist kaum anzunehmen, daß das Geschäftsministerium Albert ein Vertrauensvotum erhält. Die Fraktionen der Volkspartei und des Zentrums haben am Montag geigt, ohne einen festen Beschluß zu fassen. Sie machten aber aus ihrer Antipathie gegen Albert kein Hehl. Die Deutschnationalen haben ihr Urteil über das neue Kabinetts schon gefällt. Sie lehnen jedes Vertrauensvotum für Albert ab, da sie in ihm die „rechte Hand“ des sozialdemokratischen Reichspräsidenten sehen.

Albert dürfte vor dem Reichstag mit der Auflösungsorder in der Tasche erscheinen. Wird die von ihm gestellte Vertrauensfrage verneint, dann ist mit aller Bestimmtheit die sofortige Auflösung des Reichstags zu erwarten.

Eine Nachschrift besagt: Das in den vorgerückten Nachmittagsstunden verbreitete Gerücht von einem Scheitern der Mission Alberts und einer Beauftragung des bisherigen Reichsministers des Innern Dr. Farres mit der Neubildung der Regierung wird uns von gutunterrichteter Seite als falsch bezeichnet. In den zuständigen Kreisen nimmt man an, daß Albert bis Dienstag mittag mit der Bildung der Regierung fertig ist und noch im Laufe dieser Woche vor den Reichstag tritt.

Der Sündenbock.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion, der sich am Sonntag ohne Erfolg als Reichskanzler anbiederte, hat aus Rache für die Nichtbeachtung, der er verfallen, die deutschnationale Presse gegen den Reichspräsidenten mobil gemacht. Er läßt Beschwerden datieren, daß das parlamentarische Prinzip nicht gewahrt und er mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, nachdem die Mission Kardorffs gescheitert war. Die Gegner des Parlamentarismus berufen sich also auf eine von ihnen angefeindete Regel, weil sie sich einbilden, dabei taktisch und politisch gut zu fahren.

Wir hätten an sich nicht das geringste dagegen einzuwenden gehabt, wenn der Reichspräsident den Gergt mit der Bildung der Regierung beauftragt hätte. Aber was hätte das genützt? Praktisch wäre nichts dabei herausgekommen. Das Zentrum lehnt eine Rechtsregierung unter deutschnationaler Führung jetzt noch ab. Auch die Demokraten denken bis zum Augenblick nicht daran, sich an einem Bürgerblock zu beteiligen oder ihn zu unterstützen. Die Volkspartei ist sich auf ihrem linken Flügel ebenfalls noch uneinig darüber, ob eine Regierung der Rechten aus innen- und außenpolitischen Gründen überhaupt gebildet werden kann. Gemeinsam aber vertreten alle diese Parteien die Auffassung, daß schnell gehandelt werden soll.

Das Gegenteil aber wäre eingetreten, wenn der Reichspräsident den Abgeordneten Gergt beauftragt hätte, sich den Korb bei den einzelnen in Frage kommenden Parteien persönlich zu holen. Praktisch konnte die Erteilung eines Auftrags an Gergt lediglich zu einer sinnlosen Zeitvergeudung führen. Darauf hat der Reichspräsident verzichtet, weil er den Wünschen der bürgerlichen Mittelparteien gerecht werden wollte, die eine schnelle Bildung der Regierung immer wieder forderten.

Wenn sich nunmehr auch die Volkspartei und das Zentrum hinsetzen und erklären, daß die Feststellung des Reichspräsidenten von der Unmöglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung nicht zureichend ist, weil bisher alle parlamentarischen Möglichkeiten nicht erschöpft worden sind, dann bedeutet das nichts anderes als Spiegelgeschichte. Wie vereinbart sich diese Haltung mit dem Drängen nach einer schnellen Lösung der Krise? Entweder stellt man diese Forderung auf und handelt danach oder aber man tritt dafür ein, daß Gergt zunächst aus taktischen Gründen beauftragt wird, aber erspart sich dann die Phrasen. Beides auf einmal ist ein Ding der Unmöglichkeit!

Der Reichspräsident hat, bevor er an Albert den Auftrag erteilte, mit dem Demokraten Gessler, dem Zentrumsmann Brauns und dem „Volksparteiler“ Farres verhandelt, die sämtlich die Uebernahme des Kanzleramts ablehnten und dadurch den Reichspräsidenten in der Auffassung bestärkten, daß im Ernste die Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick unmöglich ist. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hat daher Anlaß, den Sündenbock in ihren eignen Reihen zu suchen. Gewiß ist der Reichs-

Aus den Rahrlanden.

Der große Sieger im Bierkeller hat als Ver-
söhnungssopfer für Ludendorff und Götter den Skalp der
sozialdemokratischen Presse dargebracht. Das
Verbot hat dem Rahr nichts, aber auch gar nichts genützt,
dem Staatsgedanken aber so geschadet, daß von allen Leuten,
die einigszuversichtlich sind, daß von allen Leuten,
haben als über Maßkrug und Bierkeller hinaus, auf die
Aufhebung des Verbots hingewirkt wurde. Besonders be-
müht hat sich der bayrische Ministerpräsident Müller,
der gewiß kein Freund der sozialdemokratischen Presse ist.

Schließlich blieb selbst dem Rahr nichts übrig als nach-
zugeben und das Verbot aufzuheben. Aber unter acht
Rahr'schen Bedingungen! Der „Münchener Post“ wurde
von der Polizeidirektion folgendes Schreiben zugesandt:

Die „Münchener Post“ darf das erstmalig am 27. November
wieder erscheinen unter folgenden Bedingungen: 1. Sie darf
keinerlei Veröffentlichungen bringen, die geeignet sind, die
Gefühlslage zu beruhigen; 2. als Sicherheit für die Einhaltung
der unter 1 genannten Bedingungen hat der Verlag der „Mün-
chener Post“ die Summe von 5000 Goldmark in wert-
beständigem Gelde bis längstens 27. November vormittags 11 Uhr
bei Abteilung VI der Polizeidirektion München zu hinterlegen.

Diese Sicherheit kann von der Polizeidirektion München
ganz oder teilweise als dem Staate verfallen erklärt werden,
wenn die unter 1 genannte Bedingung nicht eingehalten wird.
Die Voraussetzungen, eine Zeitung oder Zeitschrift auf bestimmte
oder unbestimmte Zeit zu verbieten, wird dadurch nicht be-
rührt, daß wegen der Veröffentlichung bereits eine Verfall-
erklärung ausgesprochen worden ist.

Der Verlag der „Münchener Post“ ist verpflichtet, bis auf
weiteres jeweils zwei Stunden vor Beginn der Ver-
breitung ein Exemplar der „Münchener Post“ der Polizei-
direktion München vorzulegen.

Der Rahr magt sich also an, über sozialdemokratische
Zeitungen nach Gutdünken Geldstrafen verhängen zu
können. Gesetz und Recht gibt es für Marxisten nicht. Die
Bestimmung, die Zeitung zwei Stunden vor dem
Druck zur Zensur vorzulegen, gleicht einer Sabotage ihres
Erscheinens überhaupt. Es ist fraglich, ob unter diesen
Bedingungen die „Münchener Post“ erscheinen kann. —

Die Reparationskommission in Geldsorgen

Der Pariser „Matin“ meldet, daß die Existenz der Re-
parationskommission bedroht sei. Sie sei ebenso sehr durch die
Weigerung des Deutschen Reiches, die Zahlungen für die durch
die Reparationskommission entstandenen Kosten zu leisten, als
auch durch die Haltung der englischen Regierung in den letzten
Monaten in Bedrängnis gekommen.

Das Blatt erklärt, daß die Reparationskommission seit
Monaten von ihrem Referendats lebe, daß dieser Referendats
in Höhe von 25 Millionen Franc aber beinahe aufgebraucht sei
und die Kommission nur noch über Geldmittel verfüge, um bis
zum 31. Januar ihre Angestellten und ihr Personal zu bezahlen.
Selbst wenn eine Entlassung dieses Personals vorgenommen
würde, so würde dadurch die Existenz der Kommission höchstens
um 3 Monate verlängert.

Aus Gerüchten, die das Blatt vorzeichnet, schließt es, daß
man in Paris in den Kreisen der britischen Delegation die
Ebenbürtigkeit der Kommission mit großer Mißbilligung im Auge faßt.
Das dürfte, erklärt das Blatt weiter, niemand wundern, wenn
man die Erklärungen Lord Curzon's und Baldwin's bei mehreren
Gelegenheiten in den letzten Monaten genau betrachtet.

Im übrigen sei eins der unangenehmsten Ziele der Sach-
verständigen-Konferenz, welche England vorschlug, gewesen, den
Organismus der Reparationskommission zu vernichten. So er-
klärte sich auch das Gerücht, nach welchem Deutschland durch hohe
Persönlichkeiten der britischen Delegation ermuntert worden ist,
keinerlei Anstrengungen zu machen, um die Zahlung der zum
Funktionieren der Reparationskommission nötigen Summen zu
leisten. —

Moskaus Filiale geht ins Ausland

Nach Berliner Zeitungsmeldungen hat die Zentrale der
kommunistischen Partei Deutschlands im Anschluß an das Ver-
bot der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend
beschlossen:

Die kommunistische Partei bleibt bestehen. Sie
setzt die Arbeit der Organisation der revolutionären Arbeiter-
schaft für die Ziele des Kommunismus und die Vorbereitungen
für die Verrückung der kapitalistischen Diktatur und für Er-
kämpfung der deutschen Arbeiterrepublik nach wie vor fort,
in der Ueberzeugung, daß die Arbeiter und die Mittelschichten,
denen die herrschende Militärgewalt weder Brot noch Arbeit,
noch die nationale Befreiung geben können, in verstärktem
Umfang kommunistischer Führung und kommunistischen Losungen
folgen werden, und daß der Sieg der proletarischen Revolution
in kurzer Zeit eine Tatsache werden wird. In Erfüllung ihrer
Aufgaben und zum Schutz ihrer Mitglieder beschließt die Partei:

Alle bisherigen Funktionen der Partei sind ihrer
entzogen. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium
(Partei-Zentrale), das die Leitung der Partei übernimmt. Der
Sitz des Direktoriums wird ins Ausland verlegt. Die Mit-
gliedsbücher und Beitragsmarken, wie alle Parteiausweise wer-
den für ungültig erklärt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft wird
auf illegalem Wege durchgeführt. Die Bedingungen für
Neuaufnahmen in die Partei werden verschärft. Mitglieder der
kommunistischen Partei Deutschlands kann bis auf weiteres
nur werden, wer in einem Betrieb arbeitet oder als Arbeits-
loser aus dem Betrieb entlassen wurde. Er hat als Bürgen zwei
zuverlässige Genossen des Betriebs namhaft zu machen, die min-
destens zwei Jahre Mitglieder der Partei sind. Wer an
der Partei zum Verräter wird oder wer sich als Spion in
die Reihen der Partei schleicht, hat sein Leben verdirbt
und verfällt der revolutionären Parteijurisdiktion.

Bestrebt ist den Rechtsbehelfen abgesehen, bei welchen
ja auch „Verräter um die Gasse gehen“. Nord wird zum politischen
Ideal erhoben. Im übrigen mögen die bürgerlichen Parteien
aus der vorstehenden Mitteilung lernen, daß man Parteien
nicht unterdrücken kann. Sie leben illegal weiter und
werden dadurch viel gefährlicher, als sie legal waren. Das wird
das neue „Direktorium“ durch Anstellung allerlei blutigen
Lügner vom sichern Ausland aus bald beweisen. —

Diktatur bei den Kommunisten.

Nachträglich werden einige erbauliche Einzelheiten über die
Behandlung des Falles „Kemmele“ in der kommunistischen
Reichsfraktion bekannt. Als infolge eines unter aller parla-
mentarischen Würde liegenden Verhaltens des Kommunisten
Kemmele die Sitzung des Reichstags am Dienstag unterbrochen
wurde, waren die anwesenden kommunistischen Abgeordneten zu-
sammengedrungen, um über die von Kemmele eingereichte Hal-
tung Beschluß zu fassen. Mit sieben gegen zwei Stimmen
hatten sie entschieden, daß Kemmele sich entsprechend der An-
weisung des Präsidenten aus dem Saale zu entfernen hätte.
Kemmele selbst gehörte zu jenen sieben. Der Hg. Koenen da-
gegen, der einer von den zwei Unernegten war, die für ein Ver-

bleiben Kemmeles im Saale mit allen seinen Konsequenzen ein-
traten, erklärte kurz vor Wiederaufnahme der Sitzung dem Ausge-
schlossenen, dieser Beschluß sei ungültig, da er, Koenen, als Ver-
treter der Zentrale der kommunistischen Partei anderer
Meinung sei. Er befahl ihm im Namen der Zentrale, daß
er in den Saal zurückkehre, einer etwaigen neuen Aufforderung
des Präsidenten keine Folge leiste und alle weiteren Konsequenzen
auf sich nehme.

So mußte also das am meisten interessierte Mitglied der
kommunistischen Fraktion gegen seine bessere Ueber-
zeugung und gegen die Meinung der großen Mehrheit seiner
Fraktionskollegen jene Haltung einnehmen, die nicht nur eine
Herausforderung des gesamten Reichstags, sondern auch für ihn
selbst einen schmerzlichen Schaden bedeutete.

Es wäre interessant, zu erfahren, mit wem Herr Koenen in
der Zwischenzeit noch Rücksprache genommen, wessen Instruktionen
er ausgeführt hat. Denn wir können nicht annehmen, daß die
kommunistische Internationale einen so minderbegabten Menschen
wie Koenen zu ihrem Berliner „Auge“ ausserwählt hat. Sicher
gibt es noch eine andre Stelle, die über Koenen steht und deren
Befehle mit turkestanischem Kadavergehorsam auszu-
führen sind.

Brächtige „Diktatur des Proletariats“. Koenen befiehlt!
Jegendein Aufsehender schiebt das kommunistische Reichstags-
deutet und gibt Koenen seine Befehle, die er selbst vielleicht
funkentelegraphisch von Moskau erhalten hat. Die Masse hat
zu gehorchen; sogar die Reichstagsabgeordneten. —

Dollar **Ämtliche Notiz** **4,2 Billionen**
vom Dienstag

Wer verteuert die Lebensmittel?

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Die Frage, wer die Schuld an der Verteuerung der
wichtigsten Lebensmittel trägt, ist schon oft in der Tages-
presse erörtert worden, trotzdem ist dieses Thema unerlöschlich.
Folgende Zeilen sollen nun nicht dazu dienen, die Agrarier, welche
gewöhnlich ein vollgerichtetes Maß von Schuld an den jetzigen Zu-
ständen tragen, zu entschuldigen, sie sollen aber beweisen, daß
sie nicht allein das deutsche Volk ausblenden.

Am letzten Sonnabend sitze ich in einem Lokal der Wilhelm-
stadt und höre u. a. der Unterhaltung einiger junger Vieh-
händler zu. Nachdem die Vergnügungen der Sonnabendnacht
gebührend gewürdigt waren und lang und breit erzählt worden,
wieweil Flaschen Wein jeder vertilgt hatte, kam das Gespräch vom
Dienstag den 13. November zur Sprache.

Es wurde nun offen erzählt, welches Bombengeschäft
man gemacht hatte. Auf dem Lande hatten sie die Schweine für
60 Goldpfennige pro Pfund gekauft und die Preis-
prüfungskommission hatte den Preis für das Pfund auf zwei
Goldmark festgesetzt, also 200 Prozent „Verdienst“. Der eine
Viehhändler mit dem schönen Vornamen Paul gab auch auf mein
Vorhalten zu, daß 1,10 Goldmark genug gewesen wäre, aber er
hätte doch diesen schönen Verdienst nicht einfach abgeben können.
„Paul“ führte dann weiter aus, daß er, um den Erlös von
2000 Billionen wieder umzuzeigen, einen Bekannten beauf-
tragt hätte, für diese Summe Goldanleihe zu kaufen und zwar
mit einem Aufschlag bis 100 Prozent, und der bewußte Bekannte
hätte als Entschädigung 20 Pfund Wurst von ihm dafür bekommen.

Die Ladenfleischer haben sich nun diesen Verdienst
zum Vorbild genommen und haben ebenfalls das Dreifache des
Einkaufspreises als Verkaufspreis gerechnet. „Im Frieden“
gab der Händler dem Erzeuger 40 Goldpfennige pro Pfund
Lebendgewicht und im Laden kostete das Pfund 0,80 bis 1 Gold-
mark, also 100 bis 150 Prozent Aufschlag. Heute zahlt der
Händler 0,60 Goldmark, der Ladenfleischer 2 Goldmark und im
Laden kostet die Ware bis 6 Goldmark, also 800 Prozent Auf-
schlag. Ist es da ein Wunder, daß es Millionen Deutsche gibt,
welche Fleisch und Wurst nur noch vom Hörensagen kennen?
Vielleicht ist auch die Frage erlaubt, warum das Ermächtigungsgesetz
geschaffen worden ist? Nur um Sachen und Thüringen
zu erobern?

Auf dem Land ist man mit Recht empört über diese Aus-
wucherung der Städtebevölkerung durch den Handel. Das ist mit
Schuld daran, daß die Landbevölkerung die Lebensmittel zunicht-
macht.

Ich bin in diesen Tagen in meiner Heimat auf dem Lande
gewesen und habe, da ich die Leute kenne, mit ihnen über diese
Zustände gesprochen. Es gibt dort sehr viele kleine Ackerbesitzer
von 1 bis 4 Morgen Land, welche im Hauptberuf Landarbeiter,
Schwarzarbeiter, Handwerker usw. sind. Diese Leute füttern fast
alle drei oder vier Schweine. In normalen Zeiten wurde
ein Schwein geschlachtet, zwei oder drei wurden verkauft.
Jetzt schlachten diese Leute alle drei oder vier Schweine und
man kann es ihnen wirklich nicht verdenken. Verkauften sie, wie
sie es früher getan haben, ihr mit großem Mühen aufgezogenes
Vieh und wollen dann in den nächsten Tagen in der Stadt etwas
dafür kaufen, so sind die Preise jedesmal so gestiegen, daß sie
wenig dafür bekommen. Es ist den Leuten vielfach nicht möglich,
sofort nach der Stadt zu fahren und das Geld sofort wieder
umzuzeigen.

Diese Landleute haben sich nun, da sie jedes Vertrauen zu
den Regierungsmaßnahmen verloren haben, selber wert-
beständiges Geld geschaffen. Dieses Geld besteht aus
Wurst, Speck, Schinken, Butter, Eiern, Schmalz
und so weiter. Ich habe es mit angesehen, wie der Landmann
in der Stadt Waren einkauft. Im Hülladen fragte er vorfichtig
nach dem Preis einer Wintermütze. Der Mützenmacher sagte,
die Mütze kostete 4 Goldmark. Der Landmann merkte den Preis
als viel zu teuer, da die Mütze in Friedenszeiten nur höchstens
1,80 Goldmark gelostet hätte. Der Ladeninhaber gab dieses zu
und sagte, das liegt daran, weil ich ja auch für die Wurst usw.
das Drei- bis Vierfache zahlen muß wie früher. Der Landmann
holte nun aus seiner umfangreichen Tasche eine zylinderförmige Wurst
heraus; von dieser Wurst kostete das Pfund nur 0,80 Goldmark,
also 2 Pfund 1,60 Goldmark. Dann kostete die Mütze auch nur
1,80 Goldmark und freudentrollend zog der Landmann mit der
Mütze und der Mützenmacher mit der Wurst ab. Schnell ging
das Geschäft im Tauschladen vor sich.

Das dringende Erfordernis ist die schnelle Schaf-
fung eines wertbeständigen Geldes, sonst müssen die
Leute, welche keine Tauschwaren haben, in den Städten ver-
hungern.

Ermöglichen möchte ich zum Schluß, daß ich dem Ende einer
Hakenhand beimobnte und der Händler sämtliche Haken Stück
für Stück für den Preis von drei Goldmark kaufte. Auch ich
hätte das Glück, durch Rücksprache des Lehrers einen Spünger-
Haken für 3 Goldmark zu bekommen. Beim Wildhändler kostete
das Pfund zwei Goldmark. Auch hier verdient der Händler
das Vier- bis Fünffache, da er ja auch noch das Fell zum Ver-
kauf hat.

In dieser Zuschrift ist eins unbedingt richtig: das Leben
einander von Papiermark und wertbeständigen
Geldzeichen bringt unerträgliche Zustände. Der Händ-
ler setzt in seine Kalkulation die Geldentwertung ein, die Preise
werden infolgedessen höhergerichtet, der Erzeuger beruft sich
auf die hohen Preise, fordert überdies Zahlung in wertbeständigem
Geld und die mehrfach übersehten Goldpreise sind
fast über Nacht Tatsache geworden. Der Leidtragende ist der
Verbraucher, der Arbeiter, Angestellte und Beamte, dessen Ein-
kommen ganz in Papiermark oder nur zu einem Bruchteil in
Rentenmark gezahlt wird. Am Vormittag wird ausbezahlt und
bis er nach Hause kommt, ist die Hälfte des Lohnes in dem
Nichts der Geldentwertung verschwunden, und von der restlichen

Hälfte muß er die übersehten Preise zahlen. Er ist der dreifach
Geschmorte, er ist immer der Letzte, den die Gunde beissen. Das
Opfer des Währungssturzes blutet nun schon seit 1914.

Auf dem Magdeburger Viehmarkt ist am Dienstag
der Versuch gemacht worden, den Opfern der Papiermark
Hilfe zu kommen. An der Sitzung der Preisnotier-
kommission nahmen Oberpräsident Hörsing und ein-
andere Regierungsvertreter teil. Der Oberpräsident machte
darauf aufmerksam, daß nicht einzusehen sei, warum der im
Erzeugergebiet liegende Magdeburger Markt teurer verkaufte als
Berlin, Hannover und selbst Märkte im besetzten Gebiet. Auf
keinen Fall dürfe über die Berliner Notierung hinausge-
worfen, im allgemeinen müsse der Weltmarktpreis
Sichtgrenze bilden, d. h. Friedenspreis plus Weltkurierungszu-
schlag von 60 bis 70 Prozent.

Dann begann der Ringkampf der Interessenten. Ge-
blieben allein die Erzeuger. Der Weltmarktpreis genügt ihnen,
aber sie wollen keine Papiermark. Und hier haben die Händ-
ler ein Viehkommissionär und Metzger, denn sie kommen
vom Verbraucher nur Papiermark. Die Verbraucher aber lagen
mit Recht, daß sie allein die Kosten des Uebergangs zur neuen
Währung tragen und wehren sich dagegen, zumal mit der lang-
sameren Einführung der Rentenmark die Gefahr droht, daß ein
neuer Inflationsprozess schon längst im Gange ist, bis die Papier-
mark verschwindet. Das Ueberschreiten der Weltmarktpreise weist
drohend genug darauf hin.

Aus den Debatten ist einiges bemerkenswert, so z. B. die
Kesselfeststellung des Oberpräsidenten, daß merkwürdigerweise in dem
Handelsbezirk Hamburg—Berlin—Magdeburg immer ein Vieh-
markt von dem andern behauptet, die übersehten Preise würden
nicht innegehalten. Aber die Mitteilung des Oberregierungs-
rats Kretsching, daß der Magdeburger Viehmarkt Rentenmark
zur Verkaufung zeitigt sei, während die Viehkommissionäre be-
haupten, davon noch nichts gesehen zu haben. Oder die sehr
ernst zu nehmende Mitteilung, daß die übersehten Fleischpreise
schon bereits auf dem Kartoffelmarkt auswirken. Die
Landwirte finden es bei diesen Viehpreisen für vorteilhafter,
Kartoffeln zu verkaufen.

Gegenüber dem Einwurf eines Händlers, daß bei Fest-
setzung von Höchstpreisen das Vieh auf Schlechtwegen in die
Marktfleisch spezieren, erklärte der Oberpräsident, daß dem durch
scharfe Ueberwachung der Preise im Einzelhandel entgegen-
gewirkt werde. Den Händlern wäre es natürlich am liebsten,
wenn die ganze Preisfestsetzungskommission verschwände. Nach
neuern Erlassen der zuständigen Minister wird das vorläufig ein
frommer Wunsch bleiben.

Der Erfolg der Diskussion war schließlich doch ein ver-
tägliches Gerächelchen der Preise, abwärts auf den Welt-
marktpreis zu. Als Höchstpreise wurden festgesetzt: Rindfleisch
90 Pfg., Kalber 90 Pfg., Schafe 80 Pfg., Schweine 1,20 Mark,
alles in Gold.

Für den Einzelverkauf wurden folgende Preise fest-
gesetzt: Rindfleisch 2,25 Mark, Schmalz 2,50 Mark, Kalb-
fleisch 2 Mark, Hammelfleisch 2,25 Mark. Gegen die Festsetzung
der Kleinhandelspreise in dieser Höhe wandte sich der Oberprä-
sident; ihm erschien der Kleinhandelsaufschlag um 50 Prozent zu
hoch angesetzt.

Die Preise liegen immer noch — zum Teil sehr
erheblich — über dem Weltmarktpreis, sie stehen auch unter-
einander in trügerischem Verhältnis und in gar keinem Verhält-
nis zu den heute gezahlten Löhnen und Gehältern. Die Welt-
marktpreise sind für viele Waren schon weit überschritten, wo
aber sind die Löhne und Gehälter, die auch nur die nominelle
Friedenshöhe erreicht haben. Von Weltmarktlöhnen ganz zu
schweigen. —

Notizen.

Stinnes in Amerika. Ueber die Erwerbung von Pe-
troleumfeldern in den Vereinigten Staaten durch die
Firma Stinnes erfahren wir, daß Hugo Stinnes in New York mit
einem Kapital von 20 Millionen Dollar eine Aktien-
gesellschaft gegründet hat, die Rohpetroleum auf der ganzen Welt
erschaffen soll. Nach einer andern Meldung hat die neue Gesell-
schaft bereits Felder in Rußland, Mexiko und Texas erworben.
Das Abkommen mit der Sinclair-Gesellschaft bezweckt die Aus-
beutung von Quellen an der westafrikanischen Küste. Diese
Erpansion der Firma Stinnes steht im schärfsten Kontrast zu
der Politik, die Stinnes in der rheinisch-westfälischen Industrie
verfolgt, wo er, angeblich wegen Kapitalmangels, Massen-
liquidationen vornimmt und 30 Prozent der Arbeiterkraft
als zuviel bezeichnet. —

Franzosen verhaften Deutschhülftische. Französische Krimi-
nalbeamte aus Düsseldorf trafen in Dortmund ein und ver-
hafteten etwa 20 Personen, die der deutschhülftischen Bewegung
angehörten. Unter den Verhafteten befinden sich Brannschweig-
ingenieur (Dortfeld), Regierungsrat a. D. Mühlner sowie ein
Fingelmann (Dortfeld). Regierungsrat a. D. Mühlner wurden nach
Düsseldorf übergeführt. Der 32jährige Bremer, der in seiner
Wohnung verhaftet werden sollte, sprang zwei Stockwerke hoch auf die
Straße. Die Kriminalisten schossen hinter ihm her. Obwohl Bremer
am Arme verletzt wurde, gelang es ihm, sich der Festnahme zu
entziehen. —

Ein sozialdemokratisches Opfer des Hamburger Aufstandes.
Genosse Herbst Der a. e. früher Leiter der sozialistischen Studenten-
schaft der Berliner Handelshochschule, kam bei einer Ausfahrt nach
Hamburg, als die Kommunisten dort gerade züchteten. Er geriet dort
in eine Schikare der Kommunisten, erhielt zwei Schüsse, die ihn
schmerzlich verletzten und an deren Folgen er so schwer litt, daß ihm ein
Kuh amputiert werden mußte. Jetzt ist er seinen Leiden erlegen. In
der Trauer um den Verlust eines hoffnungsvollen Parteigenossen mißt
sich bei dieser Kunde bittere Empörung über eine furchtbare Unschick-
lichkeit der Kommunisten, die wieder einmal aus den Reihen der für die
Arbeiterkraft tätigen Kämpfer ein Opfer geordert hat. —

Der gefährliche Republikaner. Die Ortsgruppe Bremen
des Deutschen Republikanischen Reichsbundes hatte für den
1. Dezember einen öffentlichen Vortrag des Politischen Genossen
Schäffinger, Dresden, angekündigt. Da aber der Militärtribunal-
hauer (wie immer in Magdeburg) die eroderliche Genehmi-
gung verweigert, kann der Vortrag nicht stattfinden. Es muß schon
recht saul aussehen in einer Republik, die sich vor der Kritik eines
Republikaners fürchtet. —

Spiionageverdacht. In der schweizerischen Grenze ist vor
einigen Tagen der Militärattaché der französischen
Botschaft in Bern unter dem Verdacht verhaftet worden. Spiionage
in Süddeutschland getrieben zu haben. Gemisse Spuren ließen
vermuten, daß der Verhaftete Geldwechsler gehabt habe. Nunmehr
gelang es, einen aus Lörrach geflüchteten, unter dem Verdacht der
Wittaterschaft stehenden Hans Diden in Frankfurt a. M. zu ver-
haften. Gegen Diden lag ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft
Stuttgart vor. Die Landesstriminalpolizei in Stuttgart hatte
einen Beamten nach Frankfurt geschickt, der den Abtransport des
Diden nach Stuttgart vornahm. Die Spiionageangelegenheit
scheint noch weitem Umfang anzunehmen. —

Greuelmpf in der Wiener Metallindustrie. Seit Sonnabend
stehen in Wien die Angestellten der Metallindustrie — rund
5000 — im Streik. Gleichzeitig wurden über 10 000 Metall-
arbeiter ausgeperrt, um auf die Angestellten einen
Lohn auszuüben. Da die Metallarbeiter gegenwärtig sich in
Lohnverhandlungen befinden, die bisher zu keiner Einigung geführt
haben, muß man mit einem allgemeinen Kampf in der Wiener
Metallindustrie rechnen. Die unmittelbare Ursache des Kampfes
sind Lohnminderungen. Die Unternehmer haben alle Forderungen
der Angestellten fast reiflos abgelehnt. Die Gehaltsfrage soll nicht
mehr von Organisation zu Organisation geregelt werden, sondern in
den Reihen des Unternehmers gestellt werden. Insofern hat der
Kampf eine grundsätzliche Bedeutung. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. November 1923.

Senkung der Preise.

Die Preisregulierung auf dem Viehmarkt am Dienstag, wo eine allgemeine Senkung der Verkaufspreise ermöglicht wurde, hat heute ihre Wirkung getan. Wurst- und Fleischpreise sind zum Teil ganz erheblich herabgesetzt worden.

Table with 4 columns: Item, Price 24.11., Price 28.11., Item, Price 24.11., Price 28.11. Includes items like Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, etc.

Die Preisregulierung blieb leider auf Fleisch- und Wurstwaren beschränkt. Bei anderen Waren war trotz der Dollarstabilität eine Steigerung bemerkbar.

Wechselstelle für Notgeld.

Die Ablehnung des Notgeldes hat in weiten Kreisen der Bevölkerung tiefen Unwillen erregt, insbesondere wird Notgeld zurückgewiesen von denjenigen Firmen, deren Betriebe und Geschäftskontore weit ab vom Zentrum der Stadt belegen sind.

Neue Mietzuschläge.

Der Magistrat gibt bekannt: § 4 Nr. 3, 3a und 3b und § 6 letzter Satz der Gesamtbestimmungen vom 29. September 1923 werden unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen entsprechend der Anweisung des Wohlfahrtsministers auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wie folgt geändert:

§ 4 Nr. 3: Das 18 Milliardenfache der Grundmiete für Verwaltungskosten. Falls der Hauswirt die Straßenreinigung selbst zu erledigen hat, erhält er dafür weiter das 8 Milliardenfache der jährlichen Grundmiete.

§ 4 Nr. 3a: Das 80 Milliardenfache der jährlichen Grundmiete als fester Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten einschließlich Tapetieren und Anstreichen der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und Fenster, das Anstrichen der Türen, die Instandhaltung der Badeeinrichtungen, der Wasserhähne (neue Auflegung von Schrauben), der Kochherde, der Öfen innerhalb der Wohnungen oder sonstiger Mieträume sowie das Instandhalten der Geläufigen.

§ 4 Nr. 3b: Weiter das 20 Milliardenfache der jährlichen Grundmiete, zusammen also das 100 Milliardenfache der jährlichen Grundmiete als fester Zuschlag bei zu gewerblichen Zwecken hergestellten oder mit Zustimmung der Gemeindebehörde für gewerbliche Zwecke verwendeten Räume.

§ 6 letzter Satz: Das Mietzinsgesamt darf bei Festsetzung von Zuschlägen für große Instandsetzungsarbeiten das 10 Milliardenfache der Grundmiete nicht übersteigen.

Im übrigen bleiben die jährlichen Bestimmungen der Gesamtbestimmungen vom 29. September 1923 aufrechterhalten. Die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1923 tritt mit dem 30. November 1923 außer Kraft.

Notstandsunterstützung für Sozialrentner. Für die erste Dezemberhälfte erfolgt die Auszahlung der Notstandsunterstützung nach folgender Einteilung: Am 5. Dezember im Arbeitsamt von Vormittag 8 1/2 bis 3 Uhr nachmittags für die Empfangsberechtigten der Altstadt A-C im Zimmer 43 für die Empfangsberechtigten der Altstadt B-Z Zimmer 75.

Der Wohltätigkeitsverein 'Gülfried' hat den Uebertrag von 100 Millionen Mark (Uebertrag der Veranlassung am 21. November) dem Wohlfahrtsamt zur Verwendung überwiesen.

Zirkus Blumenfeld. Um allen den Besuch der letzten Vorstellungen noch zu ermöglichen, sind für Mittwoch bis Freitag künstliche Preise um ein Drittel herabgesetzt. Man möge also die dreitägigen Vorstellungen.

Der 2. Abend der Sonntagstunden für Arbeiter, der am 2. Dezember im Frankeuhallen stattfindet, verspricht den gleichen Erfolg wie der erste Abend. Unter dem Titel 'Aus Goethes buntem Jauerergarten' wird das Programm in reichlicher Fülle dem Besucher die Dichtungen Goethes wiedergeben.

Lohnbewegung der Holzarbeiter. Für die Schneidmühlen usw. ist wieder die Forderung durch Schiedsgericht festgelegt. Der Beizel, die Stellmacher und Korbmacher sind auf Festmarktlöhne abgeschlossen.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Vollführung der Metallarbeiter-Betriebsvertragsmänner der W. S. W. D. am Donnerstag den 29. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Klosterberggarten.

Ohne Parteimitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt. Zur Deckung der Unkosten muß ein Eintrittsgeld erhoben werden. Achtung, Bezirkskassierer! Am Freitag den 30. November, abends 7 Uhr, Sitzung im Parteibureau.

Einführung von Rentenmark-Sparkonten. Durch die Ausgabe der Rentenmarkheine wird, wie der Minister des Innern in einer Verfügung ausführlich, eine weitere Gelegenheit zur Ausdehnung des wertbeständigen Spareinlagenverkehrs geschaffen.

Protestversammlung der Untermieter. Trotz lebhafter Agitation war die zum Dienstagabend in die Aula der Luisenschule einberufene Protestversammlung des Magdeburger Untermietervereins nur schwach besucht.

Leichenauktion. Die Leiche einer unbekannt männlichen Person im Alter von etwa 20 Jahren landete am 13. d. M. an der Elbe bei Blindenberg.

Gefährten wurden: aus einer Röhre in Neustadt fünf Dreiwürmern von 2, 6 und 5 Meter Länge und 105, 100, 85 und 75 Zentimeter Breite; aus einer Hahnen auf der Rotherker Straße drei Leichen von 9 bzw. 7 Meter Länge und 3 bzw. 6 Zentimeter Breite.

Recherchen. Nord. Am Sonntag vormittag hatte der Gärtner Wilhelm Schulz drei Männer in dem Schafstall der Domäne Jarchau angetroffen, wo von ihnen ein Feuer ausgebrochen war.

Kaffees im Film. Nicht nur in Deutschland, in allen Ländern begegnet man der Gestalt des Herrn Kaffee. Ein sympathisch, unympathischer Zeitgenosse, dessen Figur nach dem Film zieht, die ins Kino gehört, eben weil das Filmschauspiel Spiegel der Gegenwart sein muß.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Donnerstag (2. Abend): Schweizer. Freitag (1. Abend): Sogus und sein Ring. Sonnabend (2. Abend): Lindner. Sonntag (Abend): Lindner.

Wohlfahrtstheater. Donnerstag (Vorm. 1. d. Beamtens): Candida. Freitag (Vorm. 1. d. Beamtens): Die Louise. Sonnabend (Vorm. 1. d. Beamtens): Doppelfeldmord. Sonntag (Offene Vorst.): Doppelfeldmord.

Nachrichten aus der Provinz. Kreis Wolmirstedt. Sozialdemokratischer Verein. Der Bezirkssekretär Fenzl spricht am Freitag dieser Woche in einer Mitglieder-Versammlung in 'Stadt Prag' abends 8 Uhr über die politische Lage.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Kreis Halle. Schönebeck. Stadiberordnenen-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. Die Wohnungsbaubauabgabe wird auf das 50 Millionenfache erhöht.

Feuer für den Staat erkundigt sich Genosse Hoyer, ob die Steuer eine weitere Belastung der Mieter darstellen solle. Ein klare Antwort konnte auch Stadtrat Ghermann nicht abgeben, weil keine Verordnungen darüber vorliegen.

Stadtrat. Die Versammlung, die heute abgehalten wird, findet im Jugendheim statt. Genosse Peters spricht. Die Jungsozialisten sind besonders eingeladen.

Altmarkt. Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Garbelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glühend wurde die Feuer diesmal gelöscht.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. November 1923.

Senkung der Preise.

Die Preisregulierung auf dem Viehmarkt am Dienstag, wo eine allgemeine Senkung der Verkaufspreise ermöglicht wurde, hat heute ihre Wirkung getan. Wurst- und Fleischpreise sind zum Teil ganz erheblich herabgesetzt worden.

Table with 4 columns of prices for various goods like Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, etc.

Die Preisregulierung blieb leider auf Fleisch- und Wurstwaren beschränkt. Bei anderen Waren war trotz der Dollarstabilität eine Steigerung bemerkbar.

Wechselstelle für Notgeld.

Die Ablehnung des Notgeldes hat in weiten Kreisen der Bevölkerung tiefen Unwillen erregt, insbesondere wird Notgeld zurückgewiesen von denjenigen Firmen, deren Betriebe und Geschäftskonten weit ab vom Zentrum der Stadt gelegen sind.

Neue Mietzuschläge.

Der Magistrat gibt bekannt: § 4 Nr. 3, 3a und 3b und § 6 letzter Satz der Gesamtbestimmungen vom 29. September 1923 werden unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen entsprechend der Anweisung des Wohlfahrtsministers auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wie folgt geändert:

§ 4 Nr. 3: Das 18 Milliardenfache der Grundmiete für Verwaltungskosten. Falls der Hauswirt die Straßeneinigung selbst zu erledigen hat, erhält er dafür weiter das 8 Milliardenfache der jährlichen Grundmiete.

Der 2. Abend der Sonntagstunden für Arbeiter, der am 9. Dezember im Brantjeugendeim stattfindet, verspricht den gleichen Erfolg wie der erste Abend.

Lohnbewegung der Holzarbeiter. Für die Schneidmühlen usw. ist wieder die Inzidenzrechnung durch Schiedspruch festgelegt.

Reinigte Sozialdemokratische Partei.

Vollendung der Metallarbeiter-Betriebsvertreterwahlen der W. S. V. D. am Donnerstag den 29. November, nachmittags 4 1/2 Uhr im Klosterberggarten.

Einführung von Rentenmark-Sparkonten. Durch die Ausgabe der Rentenmarkcheine wird, wie der Minister des Innern in einer Verfügung ausführt, eine weitere Gelegenheit zur Ausdehnung des wertbeständigen Spareinlagenverkehrs geschaffen.

Protestversammlung der Untermieter. Trotz lebhafter Agitation war die zum Dienstagabend in die Aula der Luisenschule einberufene Protestversammlung des Magdeburger Untermietervereins nur schwach besucht.

Leichenauktion. Die Leiche einer unbekanntes männlichen Person im Alter von etwa 20 Jahren landete am 13. d. M. an der Elbe bei Glindeberg.

Gefährten wurden: aus einer Kühle in Neuhalditz fünf Treibriemen von 8, 6 und 5 Meter Länge und 105, 100, 85 und 76 Millimeter Breite; aus einer Fabrik an der Rottentierstraße drei Treibriemen von 9 bzw. 7 Meter Länge und 8 7 bzw. 6 Zentimeter Breite.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Donnerstag (2. Abend): Schweizer. - Freitag (1. Abend): Gyges und sein König. - Sonnabend (2. Abend): Ullrich. - Sonntag (Anrecht aufgehoben): Ullrich.

Nachrichten aus der Provinz. Kreis Wolmirsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Der Bezirkssekretär Ferl spricht am Freitag dieser Woche in einer Mitglieder-Versammlung in „Stadt Prag“ abends 8 Uhr über die politische Lage.

Kreis Ralbe. Schönebeck. Stadtoberordneten-Sitzung. Einige Bezirksvorsteher werden auf eine dreijährige Periode wiedergewählt.

Steuer für den Staat erkundigt sich Genosse Höher, ob Steuer eine weitere Belastung der Mieter darstellen solle. Klare Antwort konnte auch Stadtrat Ebermann nicht abgeben.

Stahlfabrik. Die Verjammung, die heute abgehalten wird, findet im Jugendheim statt. Genosse Peters spricht. Die Jungsozialisten sind besonders eingeladen.

Ullmar. Gardelegen. Zum zweiten mal brannte es innerhalb einer Woche in den Wohnbaracken an der Schillerstraße. Glücklicherweise konnte das Feuer diesmal gelöscht werden.

Jarchau. Nord. Am Sonntag vormittag hatte der Gärtner Wilhelm Schulz drei Männer in dem Schafstall der Domäne Jarchau angetroffen, wo von ihnen ein Feuer ausgeht war.

Jden, Kengerlage. In gemeinschaftlichen Mitgliederversammlungen kam kommenden Sonntag den 2. Dezember halber die Genossen Kreisleiter Reumann und Parteileiter Müller zeitgemäße Vorträge. Kengerlage 1 Uhr mittags und Jden 4 Uhr nachmittags.

Tangermünde. Sozialdemokratischer Verein. In der Monatsversammlung wurden zunächst die Kassenerhältnisse einer eingehenden Beleuchtung unterzogen.

Raffes im Film. Nicht nur in Deutschland, in allen Ländern begegnet man dem Gestalt des Herrn Raffes.

Ein sympathisch, unympathischer Zeitgenosse, dessen Figur nach dem Film kurze, die ins Kino gehört, eben weil das Filmchaupiel Spiegel der Gegenwart sein muß.

Gerade die jetzigen Tage unserer schwersten wirtschaftlichen Existenz machen die Aufführung des Werkes doppelt aktuell. Scheint es doch, als ob die Zeit gekommen ist, wo Reichtum und geschäftliche Blüte wieder Haß, Exzesse und Lichtlosigkeit bedingen.

Die Premiere des Films findet am Freitag nachmittags 4 Uhr in der Kammer-Theatervorstellung statt.

